

## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 145.11 / 01.03.2011**

## Kita-Finanzierung:

### Die Vorschläge liegen bereits auf dem Tisch

Zur Ratlosigkeit der FDP-Fraktion in Sachen Kita erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Anke Erdmann**:

Wir Grünen haben bereits am Freitag in der Landtagsdebatte die Alternative vorgestellt. Anders als das Ministerium haben wir uns in Teilen den Entwurf der PraktikerInnen zu Eigen gemacht: Die Wohlfahrtsverbände hatten vorgeschlagen, das Geld dafür zu verwenden, die Leitungszeiten in den Kitas zu erhöhen und Mittel für die Fortbildung und Fachberatung bereit zu stellen. Damit kann in den Kitas individuell gefördert und die Umsetzung der guten Bildungsleitlinien endlich ermöglicht werden.

Diese Mittel gehen natürlich nicht direkt vom Land an die Kitas, sondern konditioniert an die Kreise und kreisfreien Städte. Der Vorschlag erschwert aber die Möglichkeiten, dass die Mittel für etwas anders ausgegeben werden, als genau für diese qualitätssteigernden Maßnahmen.

Und wir halten den Ursprungsvorschlag des Ministeriums aus der Lenkungsgruppensitzung im Juni 2010 für sinnvoll, in einer Zielvereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden folgende Punkte zu vereinbaren:

*"Das Land ist bereit, sich mit zusätzlich 10 Mio. Euro an der Kita-Finanzierung zu beteiligen. Voraussetzung dafür ist insbesondere die Zusage der Kommunen, vertreten durch die Kommunalen Landesverbände, Zielvereinbarungen zur Qualitätssicherung in Kindertageseinrichtungen zu treffen.*

**Oberziel: Sicherung der Qualität in Kindertageseinrichtungen.**

#### **Teilziele:**

1. Erstellung eines Finanzierungsmonitorings zur Ermittlung der Anteile an der Kita-

*Finanzierung, insbesondere zur Höhe der kommunalen Finanzierungsanteile  
2. Erhalt oder Steigerung der Finanzierungsanteile des Landes und der Kommunen,  
3. Entwicklung eines nachfrageorientierten, transparenten und unbürokratischen Finanzierungssystems und  
4. Einigung auf ein landesweit einheitliches Verfahren für soziale Ermäßigungen."*

Hier braucht es keine Grünen Vorschläge, denn die Vorschläge der Wohlfahrtsverbände und des Ministeriums vom letzten Sommer reichen völlig aus. Es liegt alles auf dem Tisch, nur vielleicht unter Aktenbergen verborgen. Also: aufräumen, umsetzen.

\*\*\*